

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Montag, 20. April 2020 Nr. 92/17 R1

HERAUSGEGEBEN VON GERALD BRAUNBERGER, JÜRGEN KAUBE, CARSTEN KNOP, BERTHOLD KOHLER

3,00 € D 2955 A F.A.Z. im Internet: faz.net

Kabinett erwägt weitere Hilfsleistungen

itz/mj. BERLIN/KÖLN. Die staatliche Unterstützung in der Corona-Krise wird möglicherweise ausgeweitet werden. Kanzleramtsminister Helge Braun (CDU) sagte den Zeitungen „Rheinischen Post“ und dem Bonner „General-Anzeiger“ am Wochenende, für die kommende Sitzungswoche des Bundestags erwarte er zwar noch keine neuen Pakete. „Aber wir können für die Zeit danach nicht ausschließen, dass wir mit weiteren Hilfsmaßnahmen nachsteuern müssen.“ In Betracht kommen etwa Hilfen für Gastronomiebetriebe und eine Anhebung des Kurzarbeitergeldes. Der Hotel- und Gaststättenverband Dehoga rechnet bis Ende April mit Umsatzverlusten von zehn Milliarden Euro. Der Aufsichtsratsvorsitzende der Dorint-Gruppe, Dirk Iserlohe, sagte dieser Zeitung, allein in seinem Unternehmen seien etwa 32 Millionen Euro Umsatz nicht realisiert worden. Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) sagte, man werde den Vorstoß prüfen, die Mehrwertsteuer für Gaststätten von 19 auf sieben Prozent zu senken. Auch Finanzminister Olaf Scholz (SPD) deutete weitere Hilfen an. Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) sprach sich für eine Anhebung des Kurzarbeitergeldes aus. Im Gespräch sind 80 statt 60 Prozent des früheren Nettolohns. (Siehe Wirtschaft, Seite 15.)

In die richtige Richtung



Auf dem Weg zur Öffnung – Schon in der guten alten Zeit, also vor etwas mehr als einem Monat, war es manchmal gar nicht so einfach, jemandem aus dem Weg zu gehen, vor allem dann, wenn man dabei alle Formen der Höflichkeit wahren wollte. Nun ist es ein Gebot des Anstands, auf Abstand

zu den Mitmenschen zu gehen – und das erweist sich im Alltag erst recht als schwierig. Bei der schrittweisen Rückkehr in ein wenig Normalität, die an diesem Montag beginnt, sind deshalb Orientierungshilfen nötig, so wie in diesem Einkaufszentrum in Hannover. Foto GES

Kluge Herde

Von Reinhard Müller

Deutschland – ein Hühnerhaufen? Nein, das dann doch nicht. Bei allem Verständnis für die Sorge der Bundesregierung vor einem Durcheinander im Kampf gegen das Coronavirus: Das bisherige Handeln von Bund und Ländern zeigt das Gegenteil. Alle ziehen an einem Strang. Oder erwartet Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier tatsächlich, dass alle Städte, Kreise und Länder zudem noch genau dieselben Maßnahmen für die gleichen Zeiträume beschließen? Das wäre so gar fatal – für den Kampf gegen die Seuche wie für den Föderalismus. Was im Grunde dasselbe ist, denn es besteht doch die bewährte Überzeugung, dass eine Krise am besten vor Ort bekämpft wird und dass die konkreten Mittel je nach Lage voneinander abweichen können.

Sorge müsste es nur bereiten, wenn einzelne Länder die Gefahren des Virus ignorierten oder eine gänzlich andere Strategie wie die Schaffung einer Herdenimmunität verfolgten. Aber so ist es gerade nicht. Bund und Länder haben sich als kluge Herde erwiesen. Und es ist nichts dagegen zu

sagen, wenn Städte wie Jena oder Länder wie Sachsen schon jetzt eine Art Maskenpflicht anordnen. Dabei verlangt niemand ein komplettes Vermummungsgebot in der Öffentlichkeit. Es geht um einen (auch behelfsmäßigen) Mundschutz im Nahverkehr und in Geschäften. Und warum soll man auf die von der Bundesregierung versprochenen Millionen industrieller Masken warten, wenn das Ziel doch ist, die Ausbreitung des durch den Atem übertragenen Virus zu eindämmen? Eine Maskenempfehlung gibt es ja schon; einen Befehl naturgemäß nicht. Und von den Erfahrungen kann man lernen.

Die Länder sollten sich geradezu ermutigt fühlen, im Rahmen der mit dem Bund vereinbarten Strategie, aber nach ihren eigenen (Wert-)Vorstellungen zu handeln – mit Blick auf die Öffnung von Geschäften, Kirchen, Schulen oder das „Tracking“. Nicht (nur) aus Gründen der Profilierung der Ministerpräsidenten und unabhängig von der Corona-Krise müssen die Länder offer tun, wofür sie das sind: verantwortlich handeln. Der Erfolg gibt ihnen recht.

Die Dosis macht das Gift

Von Gerald Braunberger

Im Kampf gegen die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie mobilisieren die Staaten schwindelerregend hohe Beträge. Nach Schätzungen des Internationalen Währungsfonds haben Regierungen weltweit mehr als 7 Billionen Euro unter anderem in Form von zusätzlichen Staatsausgaben, Steuererleichterungen, Krediten sowie Garantien und Bürgschaften bereitgestellt. Hinzu kommen Ankaufprogramme der Zentralbanken über noch einmal mehrere Billionen Euro. Es besteht kein Zweifel an der Notwendigkeit, in heruntergefahrenen Volkswirtschaften großzügige Hilfen bereitzustellen, um einen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenbruch zu verhindern.

Aber der Einsatz großer Beträge geht mit Risiken und Nebenwirkungen einher, und auch für die Wirkkraft expansiver Geld- und Finanzpolitik gilt das Prinzip: Die Dosis macht das Gift. In nicht wenigen Ländern wird die Staatsverschuldung Niveaus erreichen, die den finanzpolitischen Handlungsspielraum auf lange Zeit beschränken; in dem einen oder anderen Fall wird sich ganz grundsätzlich die Frage nach der Tragfähigkeit der Staatsverschuldung stellen. Die gerade für zahlreiche Entwicklungsländer beschlossenen Stundungen von Zinszahlungen auf Staatsschulden geben einen Vorgeschmack auf Diskussionen, die in den kommenden Jahren häufiger geführt werden dürften.

Um Staatshaushalte zu entlasten, ist die Verlockung groß, zumindest vorübergehend Entlastung durch umfangreiche Staatsanleihekäufe der Zentralbanken zu schaffen. Das geschieht in der laufenden Krise unter anderem in den Vereinigten Staaten und in der Eurozone. In Großbritannien ist die Bank of England zur direkten Finanzierung des Staatshaushalts übergegangen. Auch hier muss die Frage nach den längerfristigen Folgen gestattete sein, denn die Erfahrungen seit der Finanzkrise lehren, dass selbst in Jahren guter Konjunktur eine Reduzierung der Anleihebestände in den Zentralbankbilanzen kaum nachhaltig möglich ist. Eine solche Politik sichert nicht nur aus der Sicht von Regierungen die Möglichkeit, sich nahezu nach Belieben zu verschulden, und wird daher unter anderem von Ökonomen befürwortet, die meinen, nahezu alle wirtschaftliche Probleme ließen sich durch Zuschütten mit Geld aus der Welt schaffen.

Auf große Zustimmung stößt der geldpolitische Aktionismus naturgemäß auch in der Finanzbranche, denn er sichert die Besitzer von Staatsanleihen vor Verlusten. Das hilft auch anderen Wertpapiermärkten. Ob ein dauerhaft neues Regime der Zentralbanken langfristig für deren gesetzlich verbrieft Unabhängigkeit und für eine Geldpolitik, die

nicht nur für Regierungen und Anleihebesitzer gemacht werden sollte, gut wäre, lässt sich in Zweifel ziehen.

Wie schnell sich die Weltwirtschaft nach schrittweisen Lockerungen in den einzelnen Ländern erholt, kann heute niemand vernünftig prognostizieren. Zwischen einem positiven Szenario, das eine rasche Belebung der Binnenwirtschaften und eine sich bald daran anschließende Beschleunigung des Welthandels vorsieht, und einem düsteren Szenario, in dem die Weltwirtschaft durch eine Kombination aus neuen Infektionswellen, Nationalismus und Protektionismus in einer lähmenden Krise gefangen bleibt, existiert viel Platz für Zwischentöne. Das Tempo der Erholung wird auch von der Bereitschaft der Re-

In der Krise müssen die Staaten viel Geld mobilisieren. Auf die Dauer geht das nicht.

gierungen abhängen, die der Marktwirtschaft innewohnende Flexibilität und Dynamik möglichst wenig zu hemmen. Natürlich ist es erschreckend, wenn 22 Millionen Amerikaner in nur vier Wochen ihren Arbeitsplatz verlieren. Aber die Vereinigten Staaten sind in den vergangenen Jahrzehnten in der Lage gewesen, in einem Aufschwung viele neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Ein völlig falsches Signal wäre es jedenfalls, wenn Regierungen, die heute in der Gesundheitspolitik mindestens an die Grenzen ihrer Kapazitäten gelangen, sich anschließend auch noch längerfristig als Experten in Wirtschaftslenkung versuchen wollten. Stattdessen wird Bescheidenheit gefragt sein. Wie Bundesbankpräsident Jens Weidmann diese Tage sagte, wird sich an die finanz- und geldpolitische Großzügigkeit dieser Wochen eine Phase anschließen, in der Staaten die Reduzierung von Schulden ins Auge fassen müssen. Nicht alles, was wünschbar erscheint, ist dann noch finanzierbar.

Je langsamer die Früchte eines neuen Wirtschaftswachstums reifen, umso mehr Debatten werden um die Verteilung vorhandener Früchte entstehen. Sie finden nicht nur in Staaten statt, sondern auch zwischen Staaten. Beobachten lässt sich in der Eurozone hinter dem Streik um Eurobonds eine Debatte, in der sich der in der Krise selbstverständliche Wunsch nach Hilfen für besonders betroffene Länder mit grundsätzlichen Verteilungsfragen zwischen Nord und Süd vermischen. Weder für das politische und gesellschaftliche Klima in Europa noch für die wirtschaftliche Erholung wäre es hilfreich, diese Konflikte einfach mit noch mehr Billionen zuschütten zu wollen. Auch hier macht die Dosis das Gift.

Auszeit ohne Ende

Abseits des Fußballs: Tausende Sportler blicken Monaten ohne Wettkämpfe entgegen. Wer kann sich das leisten? Sport, Seite 23

Wenn kaum jemand schaut

Im Schatten der Corona-Krise geht China wieder besonders heftig gegen Hongkongs Demokratiebewegung vor. Politik, Seite 5

Achille Mbembes Israelbild

Kritik werben dem Philosophen, der die Rührtriennale eröffnen soll, Antisemitismus vor. Zu Recht? Feuilleton, Seite 9

Suche nach Stimulanz

Abwrackprämie, Steuersenkung oder nichts von beidem – was die Wirtschaft wieder ankurbeln könnte, ist umstritten. Wirtschaft, Seite 17

Großes Kino

Antwerpen erlebte vor 100 Jahren die wahrscheinlich erstaunlichsten Olympischen Spiele überhaupt. Sport, Seite 28

Wie geht es weiter?

Viele Unternehmen kappen ihre Prognosen – das ist nicht klug. Der Kapitalmarkt erwartet grobe Einschätzungen. Der Betriebswirt, Seite 16

Briefe an die Herausgeber, Seite 18

FDP will Rentner stärker finanziell verpflichten

enn. BERLIN. Die FDP will Rentner stärker am Wohlstandsverlust beteiligen und den Nachholfaktor wieder in Kraft setzen. In der aktuellen Situation müsste die Finanzierung diese Unwucht schnellstmöglich korrigieren und per Gesetzesänderung dafür sorgen, dass der Nachholfaktor ab sofort wieder angewendet werde, forderte der Sozialpolitik Johannes Vogel. Sonst müssten die Jüngeren die Lasten der Corona-Krise allein tragen. Gleichzeitig sprach er sich dagegen aus, die im Sommer anstehenden Rentenerhöhungen schon im Vorgriff auf die Krisenfolgen zu halbieren. (Siehe Wirtschaft, Seite 15.)

Braun: Herdenimmunität im Kampf gegen Corona ungeeignet

Trump kritisiert China / Berlin ruft Peking zu Offenheit auf / Lockerungen in Spanien

F.A.Z. FRANKFURT. China gerät in der Debatte über den Ursprung des Coronavirus zunehmend unter Druck. Der amerikanische Präsident Donald Trump hat Peking mit „Konsequenzen“ gedroht, sollte das Land „wissentlich verantwortlich“ für die Ausbreitung des Virus sein. Trump sagte, das Coronavirus hätte in China gestoppt werden können, bevor es sich in der ganzen Welt verbreitete. Die Frage sei: „War es ein Fehler, der außer Kontrolle geriet, oder wurde es absichtlich getan?“ Jedenfalls müsse die Regierung in Peking amerikanischen Flechteln erlauben, die Vorgänge vor Ort zu untersuchen. Auch die Bundesregierung rief China zu „vollkommener Offenheit“ auf. Kanzleramtschef Helge Braun (CDU) sprach sich deutlich gegen die Strategie

einer „Herdenimmunität“ aus. Sie sei für Deutschland im Kampf gegen das Coronavirus ungeeignet. „Um nur die Hälfte der deutschen Bevölkerung in 18 Monaten zu immunisieren, müssten sich jeden Tag 73 000 Menschen mit Corona infizieren“, sagte Braun am Sonntag. „So hohe Zahlen würde unser Gesundheitssystem nicht verkraften“. Die Strategie laute, Ansteckungen zu vermeiden und auf einen Impfstoff zu warten. Die gegenwärtigen Abstandgebote und Hygieneregeln werden nach Einschätzung von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) lange gelten. Er rechne noch „über Monate“ damit, sagte er am Sonntagabend im ZDF. „Bis es einen Impfstoff gibt, werden wir miteinander und aufeinander aufpassen müssen.“

In Spanien zeichnen sich derweil erste Lockerungen der strengen Ausgangsbeschränkungen ab. Ministerpräsident Pedro Sánchez kündigte am Wochenende an, dass Kinder vom 27. April an mit ihren Eltern kurz vor der Tür dürfen. Seit dem 14. März dürfen sie ihre Häuser nicht mehr verlassen. Auf dem französischen Flugzeugträger „Charles de Gaulle“ wurden 1081 der fast 2000 Soldaten positiv auf Corona getestet. Dem Chef des französischen Generalstabs zufolge hat sich das Virus wohl nach einem Halt in Brasilien im März verbreitet, mehr als 500 Soldaten zeigten Symptome. (Siehe Seiten 2, 3 und 5, Deutschland und die Welt sowie Wirtschaft, Seiten 15, 16, 18, 19, 21, 22, Kommentar Seite 8 und Rhein-Main-Zeitung.)

Stephan B. des zweifachen Mordes angeklagt

Generalbundesanwalt: Mutmaßlicher Attentäter von Halle wollte 68 Menschen töten

mg./moja. FRANKFURT. Ein halbes Jahr nach dem Angriff auf eine Synagoge in Halle liegt die Anklage des Generalbundesanwalts (GBA) vor. Ende vergangener Woche stellte dieser sie dem zuständigen Oberlandesgericht Naumburg zu, von dort aus ging sie an den Verteidiger des Beschuldigten Stephan B. Sobald der den Eingang bestätigt hat, wird der GBA die Anklageerhebung offiziell verkünden.

Wie diese Zeitung aus Ermittlerkreisen erfahren hat, wirft die Bundesanwaltschaft Stephan B. zweifachen Mord und acht versuchte Morde vor. 68 Menschen habe er insgesamt umbringen wollen; allein in der Synagoge hätten sich 52 Personen befunden. Strafrechtlich gilt der Versuch, diese zu ermorden, als eine Tat. In beinahe allen Fällen werfen die Ermittler

B. niedrige Beweggründe vor, denn fast alle Menschen, die er umbringen wollte, habe er ausgewählt, weil sie in seinen Augen ausländischer Herkunft gewesen seien. Der GBA klagt B. außerdem wegen gefährlicher Körperverletzung an; neben geringfügigeren Delikten geht es auch um Vorwürfe wie den der räuberischen Erpressung. Die Bundesanwaltschaft geht nicht davon aus, dass Stephan B. im strafrechtlichen Sinn psychisch gestört war, als er die Tat beging. Für eine verminderte Schuldfähigkeit gebe es keine Anhaltspunkte, geschweige denn für eine Schuldunfähigkeit, heißt es aus Ermittlerkreisen. Sosehr antisemitische Verschwörungstheorien möglicherweise Krankheitswert hätten, so irrelevant seien sie in strafrechtlicher Hinsicht.

Am 9. Oktober hatte B. versucht, in die Synagoge der Stadt in Sachsen-Anhalt einzudringen. Er wollte an Joim Kippur, dem höchsten jüdischen Feiertag, „so viele Menschen wie möglich“ umbringen, wie er selbst in einer Vernehmung angab. B. filmte, was er tat. Er scheiterte allerdings an der verriegelten Tür, auf die er sich schoss. Anschließend versuchte er, sich mit Sprengsätzen Zutritt zu der Synagoge zu verschaffen. Nachdem auch das nicht gelang, erschoss B. eine Passantin und später den Besucher eines Döner-Imbisses. Auf seiner Flucht durch die Stadt versuchte er, weitere Menschen zu töten. Etwa anderthalb Stunden nach dem ersten Schuss wurde B. festgenommen. Seit einem halben Jahr ist er in Untersuchungshaft. (Siehe Seite 4.)

Viele Deutsche bedienen ihre Kredite nicht

sibi. FRANKFURT. Mehr als eine halbe Million Deutsche bedienen nach Angaben des Bundesverbands deutscher Banken wegen der Corona-Krise aktuell ihre Kredite nicht. Sie machen von einem Gesetz Gebrauch, mit dem die Bundesregierung die wirtschaftlichen Folgen für Bürger abmildern will, die etwa durch Kurzarbeit Einnahmehinben haben. Dies erlaubt ihnen, drei Monate lang Tilgung und Zinszahlungen zu stoppen. Streibt es, ob und wann die Zinsen nachgezahlt werden müssen, die Banken fürchten Einnahmehinben, die ihre Stabilität gefährden. (Siehe Wirtschaft, Seite 15.)

Demonstrationen gegen Grundrechtseingriffe

elo. BERLIN. In mehreren deutschen Städten haben Menschen am Wochenende gegen Grundrechtseingriffe in der Corona-Krise protestiert. In Berlin-Mitte löste die Polizei am Samstag eine Versammlung von mehreren hundert Personen auf. Nach Auskunft einer Sprecherin kam es dabei zu freiheitsbeschränkenden Maßnahmen. Auch in Mainz und Stuttgart fanden Demonstrationen statt. Einem Eilantrag gegen das Verbot der Stuttgarter Demonstration hatte zuvor das Bundesverfassungsgericht stattgegeben. (Siehe Seite 5, Kommentar Seite 8.)



Kneipen und Hotels fürchten das Aus

Bis zu 70000 Betriebe könnten wegen Corona für immer schließen müssen. Der Bund sucht nach Hilfsmitteln.

Von Christian Geinitz, Berlin, und Marcus Jung, Köln

Die staatlichen Hilfsprogramme in der Corona-Krise werden vermutlich noch ausgeweitet. Über die Parteilinien hinweg haben Minister der großen Koalition am Wochenende gefordert, die Unterstützung für getroffene Betriebe und deren Arbeitnehmer zu erhöhen. Gedacht ist zum Beispiel an Zuschüsse für Gastronomiebetriebe, an die Senkung der Mehrwertsteuer sowie an eine Anhebung des gesetzlichen Kurzarbeitergelds. Kanzleramtsminister Heiko Bruhn (CDU) sagte den Zeitungen „Rheinische Post“ und „General-Anzeiger“, die staatlichen Rettungsschirme müssten möglicherweise noch weiter aufgespannt werden. Für die kommende Sitzungswoche des Bundestags erwarte er zwar noch kein neues Milliardenpaket. „Aber wir können für die Zeit danach nicht ausschließen, dass wir mit weiteren Hilfsmaßnahmen nachsteuern müssen.“

Besonders brennig ist die Lage im Hotel- und Gaststättengewerbe mit rund 2,4 Millionen Beschäftigten. Bis Ende April rechnet der Branchenverband Dehoga mit Umsatzverlusten von 10 Milliarden Euro. „Wir mussten als Erstes schließen und werden wohl auch am längsten zu leiden haben“, sagte Hauptgeschäftsführerin Ingrid Hartges der Zeitung „Bild am Sonntag“. „Ohne zusätzliche Hilfen vom Staat droht bis zu 70.000 Betrieben das Aus. Das ist jeder dritte.“ Sie fordert deshalb eine verantwortungsvolle Öffnung von Restaurants und Cafés. Außerdem müsse es einen



Gäste bleiben aus: Nichts geht mehr in diesem Café in Frankfurt. Foto: Frank Roth

staatlichen Rettungsfonds mit Direkthilfen geben, ähnlich den Dürrehilfen für Landwirte. Zudem solle die Mehrwertsteuer von 19 auf 7 Prozent gesenkt werden. Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) sicherte zu: „Wir werden hier zusätzliche Hilfen benötigen, damit nicht ein Großteil der Unternehmen aufgibt und vom Markt verschwindet.“ Der Vorstoß des bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder (CSU), die Mehrwertsteuer für Gaststätten zu senken, habe „eine sorgfältige Prüfung verdient“, sagte

Altmaier: „Ich könnte mir aber auch konkrete Hilfen bei Modernisierungen und Kosteneinsparungen vorstellen.“ Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) sieht es ähnlich: „Natürlich schauen wir genau ob und wo wir gezielt weitere Hilfen benötigen. Wir haben vor allem jene Branchen im Blick, für die es noch nicht so schnell wieder losgeht. Das Hotel- und Gaststättengewerbe gehört sicherlich dazu“, sagte Scholz der „Welt am Sonntag“. Er und Altmaier sehen sich auch deshalb zu finanziellen Zugeständnissen gezwungen, weil

sie Forderungen nach einer baldigen Öffnung noch nicht zurückstellen wollen.

Wie hoch die Ausfälle allein für die Hoteltette Dorint sind, teilte Dirk Iserlohe, Vorsitzender des Aufsichtsrats, der F.A.Z. mit: „Für die Monate März und April sind bis zum heutigen Tage circa 32 Millionen Euro Umsatz storniert beziehungsweise nicht realisiert worden.“ Vergangene Woche hat Dorint die Bremer Landesregierung mit einer Forderung von 1,2 Millionen Euro für die Ausfälle konfrontiert, in der Hansestadt betreibt man drei Häuser. „Hier ist die Branche auf ein Entgegenkommen der Verpächter und auf die Unterstützung durch den Gesetzgeber angewiesen“, sagt Iserlohe und appelliert, die Hotellerie und Gastronomie „nicht zu opfern.“ Den Einwand von Bremens Bürgermeister Andreas Bovenschulte (SPD), wonach eine Entschädigung ein rechtswidriges Staatshandeln voraussetzt, hält Iserlohe für nicht zutreffend. Gerade im Fall von generalpräventiven Sonderopfern sei der Staat in der Verantwortung und müsse dadurch entstehende Schäden kompensieren. Das Infektionsschutzgesetz sieht das zumindest im Fall drohender Gefahren vor. Iserlohe klagt an, die Hotels würden aber in ihrer Nutzung präventiv beeinträchtigt, ohne dass sich ein infizierter, ein erkrankter Mitarbeiter oder Gast am Ort“ befinde. Er hofft, dass der Bund die Forderungsanmeldung als Appell ansieht, Gastronomie und Hotellerie nicht im Stich zu lassen.

Unterdessen sprach sich Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) für eine Anhebung des Kurzarbeitergelds aus. Der Satz beträgt bisher 60 Prozent der früheren Nettolöhne, beziehungsweise 67 Prozent für Arbeitnehmer mit Kindern. Nach Angaben der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ hält Heil die Forderung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) für „plausibel“, aus den Kassen der Arbeitsagentur 80 und 87 Prozent zu zahlen. „Nicht nur für geringverdienende, auch für Facharbeiter bedeutet Kurzarbeit einen erheblichen Einbruch. Miete und Rechnungen müssen ja weiterbezahlt werden“, sagte Heil. Deswegen würde die Regierung mit den Sozialpartnern intensiv nach einer Lösung suchen.



Maßlos

Von Christian Geinitz

Wichtige Debatte

Von Niklas Zábaj

Natürlich ist es richtig, dass der Staat in der Corona-Krise hilft. Viele Unternehmen und ihre Beschäftigten sind ja nicht aus Wettbewerbsgründen in Schieflage geraten, sondern wegen des Virus – und weil ihnen die Politik das Weiterarbeiten verbietet. Die Hilfsprogramme sind in Rekordzeit entstanden, sie sind umfangreich und vergleichsweise einfach zu beantragen. Wo sie nicht ausreichen, wird nachgeschärft, das kann auch im Hotel- und Gaststättengewerbe sinnvoll sein. Jetzt aber das Kurzarbeitergeld aufzustocken, zu dem der Zugang schon deutlich gelockert wurde, ist maßlos. Die gültigen Schwellen von 60 und 67 Prozent sind ja nicht willkürlich gezogen, sondern entsprechen dem Arbeitslosengeld. Viele Unternehmen stocken das Kurzarbeitergeld von sich aus auf 80 Prozent auf. Legte man diesen Wert jetzt als gesetzliche Hilfe fest, schösse das weit über Ziel hinaus. Hinzu kommt, dass ein erhöhtes Kurzarbeitergeld eben nicht nur geringverdienenden zugutekäme, sondern auch gut verdienenden Facharbeitern. Knappe Mittel sollten gezielt Bedürftigsten helfen. Genau das gewährleistet der Sozialstaat heute mit Wohngeld und Grundsicherung.

Corona statt Garnelen Curry

Von Kerstin Schwenn

In Vorfreude auf den Frühling wurden im Bordbistro Erbsensuppe mit Minze und Garnelen Curry serviert. Noch vor wenigen Wochen verbreitete die Deutsche Bahn gute Nachrichten. Seit der Mehrwertsteuer-senkung zu Jahresbeginn wollten mehr Menschen Zug fahren denn je. Im Januar zählte die Bahn zwölf Millionen Fahrgäste in den Fernzügen, eine Million mehr als vor einem Jahr. Sogar auf die heiklen Pünktlichkeitswerte blickte der Vorstand entspannt. Jetzt ist Frühling, und alles ist anders. Die Bordbistros sind geschlossen, und fast niemand mag mehr Zug fahren. Im Fernverkehr verbuscht die Bahn nur noch ein Zehntel der Fahrgäste, selbst zu Ostern. Im Regionalverkehr sieht es kaum besser aus. Dennoch lässt die Bahn in der Corona-Krise ihre Kunden nicht im Stich: Nach wie vor sind drei Viertel der Fernzüge und zwei Drittel der Regionalzüge unterwegs. Vor allem für die Fahrgäste, die sonst nicht zur Arbeit kämen, ist das beruhigend. In der Öffentlichkeit kommt die Bahn deshalb gut weg. Die Eisenbahner gehören zu denen, die das Land „am Laufen halten“. Politisch mag der Kurs richtig sein, wirtschaftlich aber ist er für den Konzern eine Katastrophe. Wie die Rechnung am Jahresende aussehen wird, vermag zurzeit niemand abzuschätzen.

Über Geldmann konnte die Bahn vor Corona nicht klagen. Mittel Januar unterzeichneten Bundesregierung und Bahn die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung (LuFV III), nach der 86 Milliarden Euro bis 2030 in das Schienennetz fließen können. Aus dem Klimapakett der Regierung kommen noch 11 Milliarden Euro für die Infrastruktur hinzu. Aber Corona erschlug plötzlich neue Milliardensummen – und zwang in Betriebssparten, die ohne Subventionen laufen müssen. Es wird sich zeigen, wie lange der Eigentümer Bund bereit ist, Verluste und ihre finanziellen Folgen hinzunehmen – und wann die Bahn ihr Angebot kürzen muss. Von den anstehenden Entscheidungen über die Lockerung der Kontaktbeschränkungen hängt alles ab.

Bahn-Chef Richard Lutz, vor einem Jahr noch im Wochenabstand zum Rapport bei Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer, hat seine Position gefestigt. Dazu hat die Corona-Krise beigetragen – genau wie im Fall Scheuer, dessen Pkw-Maut kaum mehr interessiert. Doch genauso beharrlich wie Lutz und Scheuer halten sich die Problemzonen des Konzerns. Da ist die Güterbahn DB Cargo, die wieder einen Rekordverlust in dreistelliger Millionenhöhe einfahren wird. Im Moment wird alles transportiert, was die Kunden wünschen, von Pasta bis Toilettenpapier, Kostendeckung irrele-

vant. Gefeierte wird ein neuer Zug, der Schutzkleidung von China hierher-schaffen soll. Doch die Frage bleibt: Sollen die Güterzüge Gewinn bringen, oder soll mehr Verkehr von der Straße auf die Schiene verlagert werden? Nach jahrelangem strategischen Slalomlauf hat die neue Bahn-Güterverkehrsfiin Sigrid Nikutta nun die Parole Wachstum ausgegeben. Angesichts der Corona-Delle ist nicht ausgeschlossen, dass die Politik (wie in Österreich) mit Betriebsbeihilfen beisparsen wird. Die Bahn-Bilanz wird DB Cargo weiter schwer belasten. Bahn-Chef Lutz muss sich gut überlegen, wie viele Verlustbringer er sich

In der Krise kann die Bahn ihre Vorteile ausspielen. Aber ihre Problemzonen bleiben.

noch zumuten kann – besser nicht nach die gewünschten Nachtzüge.

Schon länger basteln Verkehrsminister und Aufsichtsrat an Strukturveränderungen im Konzern. Erwogen wird eine Zusammenlegung der beiden Tochtergesellschaften für Netz und Bahnhöfe, damit sie sich nicht länger beim Operieren und Investieren behindern. Über die erhoffte Reduzierung von Schnittstellen hinaus könnte dem Konzernvorstand der Durchgriff auf die Tochtergesellschaften erleichtert werden – das wäre die Reform der Bahnreform von 1994. Besonders die SPD rührt zudem darauf, die Gewinnorientierung, zu der der Vorstand qua Aktienrecht verpflichtet ist, in der Satzung zu relativieren und die Idee der Daseinsvorsorge zu stärken. Der Plan findet auch in der Union Sympathie. Die Entwicklung wird durch die Corona-Krise verstärkt. Bahn-Aufsichtsratschef Michael Odenwald, gerade wieder für fünf Jahre bestellt, bescheinigt dem Vorstand in seinem Osterbrief an die Belegschaft die richtige Strategie: Dass die Bahn Versorgung über Auslastungszahlen und Betriebsergebnisse stellt, sorgt überall für Respekt und Sympathie, schreibt er. Die Rückkehr zur Bundesbahn ist also geschafft.

Für die Wettbewerber der Bahn ist das keine gute Nachricht. Sie haben keinen (noch) finanzstarken Bund als Eigentümer im Rücken, der die Abkehr von der Rentabilität bezahlt. Fallen sie aus – und das Risiko ist durch Corona gewachsen –, sinken Konkurrenzdruck und Qualität des Angebots. Die Abhängigkeit der Bahn von der Politik nimmt weiter zu. Vorübergehend mag das zweitrangig erscheinen. Aber auch für die Kunden ist das am Ende so verlockend wie eine lauwarme Bratwurst im Speisewagen.

Dämpfung des Rentenanstiegs gefordert

FDP will Rentner am Wohlstandsverlust wegen Corona beteiligen und den Nachholfaktor wieder in Kraft setzen

enn. BERLIN. Die Forderung des Kölner Wirtschaftsforschungsinstituts IW, den drohenden Wohlstandsverlust wegen der Corona-Krise auch auf die Rentner zu übertragen, findet Zuspruch. Selbstverständlich ist das nicht mehr. Denn grundsätzlich soll die Rentenformel zeitversetzt dafür, dass die Rentenanpassungen nach einer Wirtschaftskrise wieder geringer ausfallen. Doch mit der Einführung einer „Haltelinie“ für das Rentenniveau von mindestens 48 Prozent hat die Koalition diesen Automatismus bis 2025 de facto außer Kraft gesetzt. Der FDP-Sozialpolitiker Johannes Vogel fordert angesichts absehbarer Gehaltsentbehrungen für viele Arbeitnehmer nun Union und SPD auf, den sogenannten Nachholfaktor zur Dämpfung des Rentenanstiegs wieder in Kraft zu setzen.

„Nun zeigt sich, wie fatal die Manipulation der Rentenformel durch die Koalition im Jahr 2018 war. Mit der damaligen Gesetzesänderung wurde nicht nur der Nachhaltigkeitsfaktor faktisch ausgesetzt, sondern auch der Nachholfaktor“, sagt Vogel der F.A.Z. in Berlin. „Das berührt den Kern der Generationengerechtigkeit, denn dadurch gerät das fein austarierte Gleichgewicht der Rentenversicherung zu Lasten der Jüngeren noch weiter aus dem Gleichgewicht.“ So würden bei sinkenden Löhnen die Renten nicht sinken, bei weiter steigenden Löhnen aber auch die Renten diese Aufwärtsbewegung wieder voll mitgeben. Der Nachholfaktor war in der Finanzkrise vor gut zehn Jahren eingeführt worden, um sicherzustellen, dass der Anstieg der Renten, die wegen der gesetzlichen Rentengarantie nicht sinken dürfen,

in den nachfolgenden Jahren gedämpft werden, bis die ausgelassene Kürzung wieder ausgeglichen ist. Seit Einführung der Haltelinie gilt das nicht mehr. Vogel sagt: „CDU, CSU und SPD müssen diese Unwucht schnellstmöglich korrigieren und per Gesetzesänderung dafür sorgen, dass der Nachholfaktor ab sofort wieder angewendet wird – mindestens, solange das Rentenniveau über 48 Prozent liegt.“ Sonst müssten die Jüngeren die Lasten der Corona-Krise allein tragen. „Das wäre schlicht ungerecht.“

Gleichzeitig widersprach Vogel dem Vorschlag des IW, die im Sommer anstehenden Rentenerhöhungen für die 21 Millionen Rentner schon im Vorgriff auf die Krisenfolgen zu halbieren. „Dass die Renten im Sommer erhöht werden, ist gut und richtig, da auch die Löhne im vergan-

genen Jahr gestiegen sind. Das verlangt der Grundsatz der Verlässlichkeit in der Rentenformel.“ Zum 1. Juli sollen die Renten im Westen Deutschlands um 3,45 Prozent steigen, im Osten um 4,2 Prozent.

Sollten die Löhne dieses Jahr wegen der Corona-Krise zugleich spürbar sinken, hätte dies die kuriose Folge, dass das Rentenniveau deutlich steigt, während es dem Land insgesamt schlechter geht. Vogel sagt: „Nachholfaktor und richtige Rentenerhöhung dieses Jahr gehören daher zwingend zusammen. Wenn man sich entscheidet, gemeinsam eine Wanderung zu machen, dann muss der eine auch mal warten, wenn der andere einen Stein im Schuh hat. Täte er dies nicht, würde man sich aus den Augen verlieren, und jeder liefe für sich. Das ist nicht meine Vorstellung von Generationenvertrag.“

Streit um die Zinsen während der Krise

Wegen Corona müssen Verbraucher drei Monate lang Kredite nicht bedienen / Müssen sie die Zinsen nachzahlen?

sibi. FRANKFURT. Es war eines der spektakulärsten Gesetze, die zu Beginn der Corona-Krise in Deutschland im Eilverfahren beschlossen wurden: das „Covid-19-Abmilderungsgesetz“, das die Krisenfolgen abfedern sollte. Unter anderem sieht es vor, dass Zins- und Tilgungsleistungen für Verbraucherdarlehen, also Bau- und Ratenkredite, die vor dem 15. März abgeschlossen wurden, für drei Monate ausgesetzt werden können, wenn der Kreditnehmer in seinem Einkommen von der Krise getroffen ist. Doch jetzt gibt es Streit um diese Regelung. Müssen die Zinsen, die von der Krise getroffene Kreditnehmer jetzt nicht zahlen müssen, nach der Krise nachgezahlt werden?

Die Verbraucherzentralen meinen, die Situation sei „sonnenklar“. Wer beispielsweise einen Ratenkredit für sein Auto abgeschlossen hat und jetzt wirtschaftlich etwas ins Trudeln gerät, der kann mit seiner Bank reden, und die setzt die Zins- und Tilgungsleistungen für drei Monate aus. Auch dann sollen die Kreditnehmer nicht alles für die vorangegangenen Monate auf einmal zahlen müssen, der Vertrag wird einfach am Ende um drei Monate verlängert. In dieser Zeit zählt

man dann ganz normal Zins und Tilgung. Verzugszinsen soll es nicht geben.

Doch die Banken sind sehr beunruhigt. Bedeutet diese Regelung wirklich, dass ausschließlich für die drei verlängerten Monate Zinsen gezahlt werden, nicht aber für die drei Krisenmonate? Sollen die Zinsen für die Krisenzeit also nicht nur aufgeschoben, sondern aufgehoben werden? Oder ist es – umgekehrt – erlaubt, dass Banken ihren Kunden diese Zinsen einfach noch mit in die Schlussabrechnung reinschreiben, wie das in manchen Instituten offenbar überlegt wurde?

Die Frage ist relevant: Der Bundesverband deutscher Banken (BdB) weist darauf hin, dass Bankkunden überall in Deutschland gerade massenhaft von der Stundungsregelung Gebrauch machen – gerade bei Ratenkrediten für Autos, Möbel und Unterhaltungselektronik. Mehr als eine halbe Million Menschen in Deutschland hätten mittlerweile eine solche Stundung vereinbart, bei ganz unterschiedlichen Banken. Die großen Universalbanken seien relativ weniger betroffen als stärker auf Verbraucher kredite spezialisierte Häuser wie die Targobank oder die ING Diba.

Wenn die Zinsen für die drei Monate nun nicht nur verschoben würden, sondern ausfallen sollten, könnte einiges an Einnahmen für die Banken verloren gehen. Der Bankenverband hat einmal durchgerechnet: Wenn auch nur 10 Prozent der Berechtigten von der Regelung Gebrauch machen, würde das einen Ausfall von 1,2 Milliarden Euro für die deutsche Kreditwirtschaft bedeuten. „Und dabei können wir gerade in der Krise in den Banken aus Stabilitätsgründen das Geld gut gebrauchen“, heißt es beim Bankenverband. Wie ernst die Banken-Lobbyisten die Lage sehen, zeigen ihre juristischen Bemühungen. Der Bankenverband hat eigens ein Gutachten vom Bonner Verfassungsrechtler Matthias Herdgen erstellen lassen, das der F.A.Z. vorliegt.

Herdgen schreibt, das Gesetz sei in der Tat in Hinblick auf die Reichweite „nicht völlig eindeutig“. Im „Lichte der Entstehungsgeschichte“ sei die Bedeutung der Regelung als bloße Stundungsvorschrift zweifelhaft; daher bestche in der Kreditwirtschaft die Sorge, dass diese Regelung möglicherweise auch auf die endgültige Befreiung von Zinszahlungen des Darlehensnehmers für den Erleichter-

BRAUCHT ES STIMULANZEN?

Abwrackprämie, Steuersenkung – was die Wirtschaft ankurbeln könnte, ist umstritten.

Seite 17

EIN KLASSIKER WIRD AUFGEPEPPT

Eierlikör wird seltener getrunken. Ein Start-up will dem Getränk zu mehr Glanz verhelfen.

Seite 20

SUCHE NACH NORMALITÄT

Wie verändert die Krise die eigene Arbeit? Telekom-Vorstand Adel Al-Saleh erkennt positive Seiten.

Seite 22